

Dringliche Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP): Der 1. April ist kein Tag für Scherze, wenn die Antifa vor der Türe steht!

Erst vor kurzer Zeit hat der Stadtrat das Kundgebungsreglement verabschiedet, welches insbesondere die Kooperation zwischen Polizei und Kundgebungsteilnehmenden und damit die Entschärfung von möglichen Eskalationen beim Verlauf von Demos zum Ziele hat. In einem „Untergrundvideo“ von Vermummten der Antifa verweigern diese den Dialog mit der Polizei und ein Bewilligungsersuchen (siehe Bund vom 4. März 2006). Trotz offensichtlich verweigerter Dialogbereitschaft tritt die Polizei als Bittsteller auf und ersucht um einen echten Dialog. Sie ist sogar bereit, die Innenstadt für eine möglicherweise zu massiven Sachbeschädigungen führenden Demo zu „opfern“.

Unter diesen düsteren Vorzeichen stellt unsere Fraktion folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Ist für den Gemeinderat schon jetzt klar, die Innenstadt als Demonstrationsroute freizugeben, selbst wenn die „Ansprechpartner“ der Antifa weiterhin den Dialog verweigern?
2. Hat der Gemeinderat auch an ein gänzlich Verbot der Demonstration gedacht (insbesondere unter Berücksichtigung des Aspektes, dass auch eine andere Demonstration, die sicher friedlich verläuft, an diesem Tag stattfindet)?
3. Ist der Gemeinderat bereit, auch eine unbewilligte Demonstration einfach „laufen“ zulassen?
4. Ist der Gemeinderat nicht der Meinung, dass er bei derart klarer Gesprächsverweigerung seitens der Antifa schon jetzt den Teilnehmenden viel zu weit entgegenkommt mit seiner unterwürfigen Haltung?
5. Wie schätzt der Gemeinderat die Situation insbesondere im Hinblick auf die Gesprächsbereitschaft der Ansprechpartner ein?

Begründung der Dringlichkeit

Die Zeit läuft und es besteht Gefahr im Verzug, sobald nicht eine raschmögliche Beantwortung und Klärung der Situation eintritt.

Bern. 9. März 2006

Dringliche Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP), Simon Glauser, Ueli Jaisli, Erich J. Hess, Peter Bühler, Beat Schori

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.